

Barbara Witte, Gerhard Syben

# Erosion von Öffentlichkeit

Freie Journalist\*innen in der Corona-Pandemie

## Kurzfassung der Studie

### Auf einen Blick

- Freie Journalist\*innen nehmen eine **zunehmend wichtigere Rolle für den Journalismus** und die demokratische Öffentlichkeit ein
- Die Pandemie brachte vorübergehende **Einkommens- und Auftragseinbußen**, während staatliche Hilfsmaßnahmen anfänglich ins Leere liefen
- Langfristiger wirkt jedoch, dass Covid-19 **bestehende Probleme und Entwicklungen** insbesondere für Freie in der Zeitungsbranche **verstärkt**
- **Niedrige Honorare** und **Rationalisierungspläne** der Verlage können in absehbarer Zeit zum Ende des Lokaljournalismus im Printbereich führen
- Eine **nachhaltige Verbesserung der Arbeitssituation** nebenberuflicher freier Journalist\*innen ist dringend geboten

### Allgemeiner Kontext zur Studie

In demokratischen Gesellschaften stellen die Medien Öffentlichkeit her, ermöglichen freie Meinungsbildung und leisten damit eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie. Freie Journalist\*innen sind dabei unverzichtbar. In Deutschland arbeiten schätzungsweise über 100.000 Personen, zum überwiegenden Teil nebenberuflich, als Freie und ermöglichen dadurch die thematisch breite und lokal differenzierte Berichterstattung deutscher Medien. Nicht zuletzt der enorme Sparzwang, unter dem die Medienhäuser gegenwärtig stehen, führt dazu, dass immer mehr Arbeit auf (nebenberufliche) Freie verlagert wird – die diese oftmals unter prekären Bedingungen erledigen müssen. In dieser Situation wurden freie Journalist\*innen von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie gleich mehrfach getroffen. Zum einen blieben Aufträge aus. Auf örtlicher Ebene fielen beispielsweise die kulturellen, sozialen und politischen Ereignisse weg, über die in lokalen Tageszeitungen nahezu ausschließlich von freien Journalist\*innen berichtet wird. Ande-

rerseits änderten sich auch Arbeitsabläufe massiv, zum Beispiel die Arbeit und Kommunikation in und mit Redaktionen. Die vorliegende Studie untersucht daher, wie sich die Arbeitssituation freier Journalist\*innen in der Corona-Krise entwickelte und wie ihre Betroffenheit konkret aussah. Sie beleuchtet darüber hinaus, welche Möglichkeiten Freie hatten, mit den Auswirkungen der Krise umzugehen.

### **Methode**

Die Medienlandschaft Bremens wurde als Grundlage einer qualitativen Regionalstudie genutzt, da Bremen einen Mikrokosmos der typischen Medienstruktur in Deutschland darstellt. Befragt wurden im Frühsommer 2021 in qualitativen Leitfadeninterviews 17 freie Journalist\*innen, die sich u. a. hinsichtlich der Faktoren Geschlecht, Berufserfahrung, Mediengattung oder der Form des Arbeitsverhältnisses unterschieden. Darüber hinaus gab es Interviews mit zehn Personen aus der Leitungsebene in Bremen ansässiger Medien, die den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk, Zeitungen sowie Stadtmagazine und ihre jeweiligen Online-Ableger abbilden. Zusätzlich wurden Gespräche mit Vertreter\*innen von Journalist\*innen-Gewerkschaften und Berufsverbänden geführt.

### **Ergebnisse**

#### **Heterogene Folgen für Einkommen, Arbeitszeit und soziale Sicherheit**

Die Interviews verdeutlichen, dass Einkommensverluste im Zuge der Pandemie für freie

Journalist\*innen merklich und leidvoll, in den meisten Fällen aber begrenzt und vorübergehend waren – wobei die Erfahrungen auch von der Medienbranche abhingen. Insbesondere für die Freien, die für Tageszeitungen arbeiteten, reduzierten sich mit Beginn der Pandemie Einkommen (und Arbeitszeit) zunächst drastisch und die Einbußen blieben auch im weiteren Verlauf bemerkbar.

### **Insbesondere für Freie, die für Tageszeitungen arbeiteten, reduzierten sich mit Beginn der Pandemie Einkommen und Arbeitszeit drastisch**

Ganz anders die Erfahrungen der Freien in der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt des Landes Bremen. Dort sollte es durch eine veränderte Arbeitsorganisation zu möglichst wenig Begegnungen kommen, um die Infektionsgefahr zu verringern. Diese Umstellungen führten bei einzelnen Interviewten zu mehr Arbeitszeit und höheren Einkommen als vor der Pandemie. Starke Unterschiede zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den privaten Zeitungen zeigten sich auch hinsichtlich der sozialen Sicherung für Freie. Insbesondere mit Blick auf die Tageszeitungen sind aus Sicht der Befragten – und unabhängig von der Pandemie – zu niedrige Honorare ein zentrales Problem, das eine angemessene Absicherung verunmöglicht. Häufig wird die Arbeit freier Journalist\*innen dort nicht einmal auf einem Niveau vergütet, das dem Mindestlohn entspricht.



## **Im Zuge der Pandemie planen einige freie Journalist\*innen, auch aufgrund der insgesamt schlechten Vergütung, den Beruf zu verlassen**

### **Einhellige Kritik an Hilfsmaßnahmen des Bundes**

Die zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie aufgesetzten Unterstützungsmaßnahmen des Bundes griffen für freie Journalist\*innen anfänglich nicht – Soloselbstständige insgesamt waren von den Maßnahmen ausgeschlossen – und wurden aus diesem Grund heftig kritisiert. Trotzdem bekamen alle Interviewten Hilfen, wenn sie diese benötigten – teils durch den Hilfsfonds des Landes Bremen, der Verluste ausglich und ausdrücklich gelobt wurde, teils durch Unterstützung im privaten Rahmen. Nach der ersten Welle der Pandemie stieg die Nachfrage nach journalistischen Angeboten, was Arbeitszeiten und Einkommen normalisierte, darüber hinaus aber auch nicht zu einer, insbesondere im Printbereich, dringend benötigten Erhöhung der Honorare führte.

### **Unterschiedliche Lösungsansätze der Betroffenen**

Alle befragten freien Journalist\*innen hatten sich bewusst und gerne für diese Berufsform entschieden. Für viele stellt sie einen Tausch dar, bei dem auf Geld verzichtet wird, um über mehr freie Zeit und vor allem Zeitautonomie zu verfügen. Für

manche repräsentiert die Arbeit als Freie\*r gar eine eigene Lebensweise. An ihrer grundsätzlichen Berufswahl zweifelten die Interviewten infolge der Pandemie kaum.

Allerdings planen einige, auch aufgrund der insgesamt schlechten Vergütung, den Beruf zu verlassen oder halten sich diese Option als ernsthafte Alternative für die Zukunft offen. Verstärkte Bemühungen, in eine feste Beschäftigung zu wechseln, ließen sich hingegen kaum feststellen. Dort wo es versucht wurde, erwies sich der Übergang als schwierig. Da die Auftragsflaute nicht als Folge individuellen Ungenügens aufgefasst wurde, stellten die betroffenen Freien ihre Eignung als Journalist\*innen mehrheitlich nicht in Frage. Veränderung des journalistischen Profils zur Akquise neuer Aufträge wurde nur selten und nur in geringem Umfang als Lösungsstrategie in der Krise eingesetzt. Unterschiedlich erfuhren die Interviewten zudem das Verhältnis zu Kolleg\*innen: Während einige die Bedeutung einer starken Vernetzung zur Abmilderung von Krisenfolgen betonten, sahen andere die Konkurrenz der Freien untereinander auch in der Pandemie im Vordergrund.

### Unsichere Zukunft für den Lokaljournalismus

In den untersuchten Medienhäusern – insbesondere den Zeitungen – machen sogenannte Hobby- oder freie Freie ein Vielfaches derjenigen Freien aus, die in einer mehr oder minder festen Bindung an das jeweilige Medium arbeiten. Diese „Hobbyjournalist\*innen“ verdienen meist deutlich schlechter als ihre festen Kolleg\*innen. Durch die Corona-Pandemie wurden in einigen Redaktionen die bereits zuvor bestehenden Überlegungen verstärkt, zukünftig auf den Einsatz dieser Freien zu verzichten. Dies könnte dazu führen, dass ein Großteil der lokalen Berichterstattung aufgegeben werden muss. Auch sind insbesondere in dieser Gruppe Überlegungen weit verbreitet, die journalistische Tätigkeit vollends einzustellen.

### Fazit

Die Pandemie brachte für die meisten freien Journalist\*innen nur vorübergehende Entbehrungen, wobei sich die Situation insbesondere zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten Zeitungen stark unterschied. Allerdings verdeutlichte die Corona-Krise Probleme und Entwicklungen, die bereits zuvor bestanden. Um eine für die Funktionsfähigkeit demokratischer Öffentlichkeiten gefährliche Erosion des freien – und hier insbesondere: nebenberuflichen – Journalismus aufzuhalten, müssen die Arbeitsbedingungen dieser Gruppe von freien Journalist\*innen nachhaltig verbessert werden.

### Über die Autor\*innen

**Prof. Dr. Barbara Witte** ist Professorin für Rundfunkjournalismus und Onlinekommunikation an der Hochschule Bremen und hat zuvor viele Jahre für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gearbeitet.



**Prof. Dr. Gerhard Syben** ist ehemaliger Professor für Arbeits-, Berufs- und Industriosozologie an der Hochschule Bremen und leitet zurzeit das Forschungsinstitut für Beschäftigung Arbeit Qualifikation (BAQ) in Bremen.



### Impressum

#### Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung, Jupp Legrand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2810, E-Mail: [info@otto-brenner-stiftung.de](mailto:info@otto-brenner-stiftung.de), [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

Fotocredit: New Africa/AdobeStock.com (S.3)



Mehr Infos sowie die Langfassung der Studie finden Sie auf unserer Website: [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)